

KAB St. Dionysius Baumberg e.V.

KAB St. Dionysius e.V. • Am Sportplatz 12a • 40789 Monheim a. R.

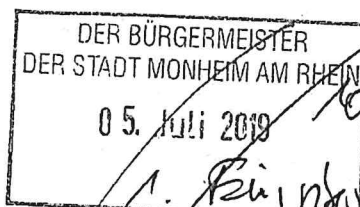
Datum
01.07.2019

An

Bürgermeister Zimmermann

Rathausplatz 2

40789 Monheim am Rhein



Vorsitzender
Josef Schoppmann
Am Sportplatz 12a
40789 Monheim
Tel. 02173/6 12 22

Email:
Josef.Schoppmann
@t-online.de

Stadt-Sparkasse
Monheim am Rhein
Kto: 88 246 087
BLZ 30050110

IBAN:
DE74300501100088246087
BIC:
DUSSDEDDXXX

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zimmermann,

die Mitglieder der KAB-St. Dionysius Baumberg können sich nicht damit abfinden, dass täglich Menschen im Mittelmeer ertrinken und das die Menschen, die das Leben anderer Menschen retten, angeklagt werden. Wir schlagen Ihnen daher vor, dass auch unsere Stadt Monheim am Rhein zu einem „Sicheren Hafen“ für Geflüchtete wird, damit Menschen auf sicherem und legalem Weg bei uns ankommen können und bitten Sie alles Erforderliche hierfür in die Wege zu leiten.

Am Freitag, dem 14. Juni 2019 haben einige, von nunmehr 60 Städten, das Bündnis Städte Sicherer Häfen gegründet. Sie solidarisieren sich mit der Initiative SEEBRÜCKE.

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen, die fliehen mussten, einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dort, wo die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die kommunale Politik tätig werden muss.

Daher fordern wir unsere Stadt Monheim an Rhein auf, sich zum Sicheren Hafen zu erklären.

Zu einem Sicheren Hafen gehört, dass die Stadt:

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

Sitz: Monheim a.R.
Amtsgericht
Düsseldorf
VR 30627
Durch d. Finanzamt
Hilden als gemein-
nützig anerkannt.

Aktive Unterstützung der Seenotrettung

2. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt sowie die Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernimmt bzw. sich daran beteiligt.

Aufnahme zusätzlich zur Quote

3. die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellt:

Die Stadt Monheim am Rhein erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland NRW hergestellt.

Aufnahmeprogramme unterstützen

4. sich gegenüber dem Bundesland NRW und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden einsetzt und dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze anbietet:

- Die Stadt Monheim am Rhein fordert die Regierung des Bundeslandes NRW auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtende gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- Die Stadt Monheim am Rhein fordert die Regierung des Bundeslandes und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bis her zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen ersparen.
- Die Stadt Monheim am Rhein erklärt sich dem Bundesland NRW und der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.
- Zudem setzt sich die Stadt / der Landkreis über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.
- Die Stadt Monheim am Rhein fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

Kommunales Ankommen gewährleisten

5. für ein langfristiges Ankommen sorgt, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.

Nationale und europäische Vernetzung

6. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der oben genannten Punkte einsetzt.


Bündnis Sichere Häfen

7. sich an der Gründung eines Bündnisses aller Sicheren Häfen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen Migrationspolitik beteiligt.

Transparenz

8. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht, mit denen Monheim am Rhein zu einem Sicheren Hafen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Josef Schoppmann
(Vorsitzender)

